

# Protokoll

über die vorerwähnte Landtags-Sitzung vom  
29. Dezember 1920, vormittags 9 $\frac{1}{4}$  Uhr.

Anwesend sind alle Abgeordneten  
in alt Kugelschneidensdorf Herr Dr. Peer.

Das Protokoll der letzten Sitzung  
wird vorlesen und genehmigt. Darauf  
erfolgt die Behandlung der Tagesordnung.

## I. Geschäft der Pflanzgenossenschaft.

Abg. Schädler weist an, daß die Genossenschaft  
ihre Geschäftswesen in die übrigen Ange-  
legenheiten von der Landtagskassa verwalten  
sollen, da es notwendig ist, daß eine  
Gemeinde ihrem Pflanzgenossen mit einem  
festen Satz einen festen Betrag zu zahlen  
sollen. Die Gemeinden sollen dafür ihre  
Beiträge an die Landtagskassa abgeben.

Abg. Hoop hat Bedenken, daß es nicht  
für eine Gemeinde nutzbringend zu sein  
sollen. Der Kugelschneidensdorf Dr. Peer  
erklärt, daß die Anweisung der Abg.  
Schädler im vorerwähnten Sinne  
wichtig ist.

Abg. Riff wünscht, daß für die Verwaltung



nicht der Geschäftigkeit, sondern bloß  
 einer Geschäftigkeit für die Arbeit  
 bezogen werden. Es beantragt man  
 hier, daß man hinsichtlich der Stellung  
 des Einkommens und des Einkommens  
 Pflichten Einkommen oder auch  
 Einkommen gesetzlich dem kaiserlich-  
 lichen Ordinariate u. der kaiserlich-  
 lichen Regierung nach Aufhebung  
 der Einkommen und der Einkommen  
 da keine Einkommen zu werden  
 sei, die kaiserliche Regierung  
allein zu unterscheiden haben.

Aber. In Beck untersteht den Herrschaften  
 In Beck gibt nur einige Aufschl  
 vungen. Darauf wird das Gesetz  
 mit der vom Aber. Riff vorgeschla  
 genen Änderung einstimmig angen  
 nommen.

Auf Anweisung des Aber. Schäd.  
 der wird der nun folgende Punkt  
 der Tagesordnung, das Finanzge  
 setz für 1921, an den Tisch gebracht.

II. Postvertrag mit der Schweiz.

Da sich nach den vorgeschriebenen Be



wahrungen beider Konventionen und  
 der Ratifikation des Vertrages sei-  
 end der Differenz nur nach die Fra-  
 ge anzubringen, ob der Landtag  
 von Wetzlar, so wie er schon veröf-  
 fentlich worden ist, bei der  
 Sitzung von Augsburg demselben  
 annehmen oder nicht, würde der  
 Vertrag einstimmig angenommen, oder  
 das eine oder die andere be-  
 müht werden.

III. Gesetz betreffend die vorzeitige  
Auflösung auf Römisch- Kaiserlich-  
laufsamer Bestand- und Wetzlar-  
Vertragsträger.

Die Debatte drückt sich hauptsächlich  
 im Artikel 3 des Wetzlar,  
 der lautet: Der Bestandener kann  
 die Kündigung des Bestandens  
 dadurch einseitig machen, daß  
 er sich verpflichtet, für die vorkommende  
 Vertragsdamm den im Römisch-  
 angedrückten Paragrafen  
 gleicher ziffermäßiger Höhe im  
 Römisch- Kaiserlich zu leisten.



Konferenzen Abg. Dr. Klipp wurde an der  
 Fassung oder Wording des Artikels  
 vorzuzupflagen hat, Abg. Riff und  
 der Präsident für Wording des  
 Artikels vortraten und Abg. Schädler  
 dem Präsident und Margraf gleiche  
 Rat geben will, wird der Artikel  
 3 mit 9 Stimmen einstimmig u. der  
 ganze Absatz einstimmig angenommen.  
 In Ansehung des Abg. Wagner, daß  
 Artikel 3 auf alle Fälle keine  
 Bedeutung mehr gehabt hätte, da  
 die dieberzüglichen Fälle von  
 einer die Hauptverwaltung vor-  
 ran fielen, wird vom Abg. Dr.  
Beck nicht geteilt, da er immer  
 auf Weisfälle geben.

Hierauf dankt Herr Ru-  
 gierungsrat Dr. Beer dem Herrn  
 Landrath Dr. Yvonius für die  
 freundliche Mitarbeit bei Aus-  
 arbeitung des Gesetzes.

IV. Aufsichtsbekanntmachung  
Abgaben eines Gewerkschafts-  
neklärung gegenüber der Regierung  
in der Frage der Arbeitslosen-Unterstützung.



Der Herr weist für gegenfeitige Unter-  
 stützung. Das Anvordern der Linien-  
 Kaufmann in der Befreiung Weine ist  
 in diesem Falle nicht unbillig.  
 Seine Aufsicht für das Land ist  
 nicht, da die fünfzig Befreiungen ja  
 nicht können ja in größerer An-  
 zahl in die Lage versetzt werden  
 von dem Lande Unterstützung  
 zu erlangen. Hiergegen könnte  
 die Forderung für Linienkaufmann un-  
 gerechtfertigt folgen haben, daß man  
 möglicherweise mit einem Abfuhr  
 bezug. mit einer Abwendung  
 der Linienkaufmann in der Befreiung  
 nach dieser versuchen müßte, falls  
 die Befreiungen in Linienkaufmann  
 nicht gegenwärtig ändern. Es  
 können aber Linienkaufmann in  
 die Lage, in der Befreiung Arbeit  
 lösen. Unterstützung zu erlangen  
 von der Befreiungen freilich.

Abg. Schädler unterstützt die Aufhebung  
 von der Regierungswirtschaft  
 in. legt dar, daß die diesbezüglichen  
 Bestimmungen streng sein, daß



Empfänger Lichte bis im Januar 1920 in  
 der Dispensierung gleichberechtigt neben,  
 verleihe die Lytha der Kutschstüftung,  
 die Aufsicht der Ablösung des Juchst  
 u. intergallisch die Regierung  
 über die Verantwortung fremder  
 Arbeiter an der Kutschstraße  
 den nach der Klärung des Fürsten  
 seien diese Kutscharbeiten  
 für unsere Arbeiter bestimmt.

Abg. Wanger wät zur Kutsch, speziell bezüglich  
 der Kutscharbeiten. Er wünscht  
 Auskunft über die Zahl der Kutsch-  
 zur in Linzstein und  
 Kutsch. Auf

Abg. Riß wüßte für eine Kutsch-  
 wüßte, ferner wollen die Kutsch-  
 ebenfalls zu der Kutsch ferner  
 wüßte werden sein die  
 Linzstein in der Kutsch.

Abg. Schädler will die Kutsch-  
 wüßte auf gegen Kutsch auf-  
 wüßte sein.

Präsident Walser wüßte gegen Kutsch  
 auf das Finanzgesetz sein und  
 betont, daß in Kutsch-



benutzungen der Gemeinden  
Bemerkung sein in einem  
Zusammenhange mit dem  
Land.

Dr. Peer weist auf die Gefährlichkeit hin,  
die ein allzu starker Anstieg  
der Preise für die aus dem  
Land zu fließenden Gütern  
bedeutet. Er ist der Ansicht,  
dass die Preise für die  
aus dem Land zu fließenden  
Güter nicht zu hoch sein  
sollten.

Abg. Dr. Kopp erklärt sich für einen  
starken Anstieg der Preise  
für die aus dem Land zu  
fließenden Gütern. Er ist  
der Ansicht, dass die Preise  
für die aus dem Land zu  
fließenden Gütern nicht zu  
hoch sein sollten. Er ist  
der Ansicht, dass die Preise  
für die aus dem Land zu  
fließenden Gütern nicht zu  
hoch sein sollten.



und der Besorgnis Gegenwärtigen über  
 Verletzung, wegen der das fast ge-  
 zerrungen waren. Jedlich hätte  
 der Fall eintrat, dass die  
 zur, aufgrund der Gegenpartei-  
 Zeit, in die Hauptzeit mehr  
 Unterstützung bezügelte als  
 arbeitende Linienstrassen  
 Tagelohn fällen.

Abg. Dr. Beck wörtlich nur die Frage,  
 was wir mit den vielen  
 Linienstrassen Familien an-  
 fangen werden, die aus  
 der Besorgnis zu uns abge-  
 geben werden. Mühen  
 u. teilweise direkt vor dem  
 Abgabe haben. Es wäre  
 nicht die Bundesrat-Be-  
 schlüsse u. nicht für die An-  
 nahme des Gesetzes sein.

Präsident Walser äußert bedanken  
 sich Dr. Kiff.

Abg. Walfinger ist gegen die Annahme  
 des Gesetzes. Auf meine Anfrage

hat Abg. Kiff, nicht auf der Arbeit-Ver-  
 ein dazu fallen, erklärt Dr.



Peer, daß sie bei ihm vorzüglich, wenn  
 dann unter dem Namen sich da-  
 für auszusprechen u. dabei haben  
 durchblicken lassen, daß sie auf  
 für die Kunstwissenschaften Ar-  
 beiter im Lande gütlich  
 auf eine solche Unterstützung auf-  
 merksam. Auf die Publikation des

Abg. Riff, daß nur 2 oder 3 mit Landes-  
 ratbeschlüssen befaßt werden  
 können, weshalb dieser die Anstän-  
 digkeit, daß sie nicht von der  
 Regierung kommen u. daß je-  
 der Abgeordnete der sich um  
 diese Sache näher unterrichtet  
 haben, das Material selbst haben  
 beschaffen müssen.

Fr. Peer faßt die ganze Angelegen-  
 heit in die Worte zusammen,  
 daß es unmöglich sei, alle Be-  
 denken zu zerstreuen, wenn man  
 aber das Gesetz beschleunigt, so  
 wärfte man von 2 Uebeln das  
 Kleinere. Darauf wird mit  
 12 gegen 3 Stimmen folgendes  
 Beschluß gefaßt: Der Landtag  
 beschließt die fröheren Arbeiten



den J. Spitzgruber im Falle der An-  
berichtigung des Landbesitz-  
tums eine gleichzeitige Unter-  
stützung u. Unterhaltung der  
Sitzungen zu sein für das  
Verwaltungsamt vom 29. Oktober  
1919 vorfindet!

V. Gesuch des Josef Gasser in Trin-  
tenburg um Abänderung der Bestim-  
mungen des fünfjährigen Absatzes zur  
Zweijährigen Ordnung.

Das Reg.-Bef. u. m. von Abg. v. d. n. b.  
Gemeinden gegen die Bestimmung;  
den dieses Gesuchmant wärte also  
genügend, weil den die ganze  
Lage der Prozessordnung un-  
klar werden. Auf sie es fraglich,  
ob man dem Gesuchsteller einen  
Grundsatz schreiben werden. Das  
Gesuch mit 10 gegen  
5 Stimmen abgelehnt.

VI. Aufhebung des Fabrikanten des  
Landtagsabg. v. d. n. b.

Es wird einseitig der Kommissar-



antrag angenommen, weshalb dasin  
 lautet, daß die Taggelde in. Gewin-  
 freibriefen der Landtagsabge-  
 ordneten für das Jahr 1920  
 in gleicher Höhe in Franken  
 anzuzahlensien wie für im Jahr 1919 in  
 Franken bestimmt waren.

VII. Antrag betreffend die Abfaltung  
des Winterhalbes für gymnasie-  
lische Prüfungen.

Abg. Schädler führt an, daß man fünfzig  
 dem Wonnemond beizulegen, in der ersten  
 freien Winterferien der Reichsstaaten  
 zuzurück. Dieser Wonnemond sollte so für  
 traffe tatkräftig für die Jahre der höchsten  
 Ausbildung (15. bis 20. Lebensjahr)  
 zu. Es gibt wertvolle Aufklärungen über  
 die das Land befürwortet die Ge-  
 nussigung des Wonnemonds der Reifezeit.

Abg. Dr. Hög antwortet dem Wonnemond  
 vorbringt sich näher über den An-  
 laß der Jugendverteilung in. führt  
 bei, daß fünfzig für die Leitung  
 der Aufsicht wenn möglich fünfzig  
 Jahren beizulegen werden  
 sollen. Es wird dem Wonnemond fol-



yantur kassens gaffelt:  
 "Der Landtag bewilligt die Posten  
 für den Ruf Herrn Arwidsson  
 Egger in diese abzusaltant zu Min-  
 stershus für yunser blifus Zwiif-  
 ungen im Lötwege von 25 frs pro  
 Rosttag. für Hermanns Fafsa  
 sollen für die Fäitung dieses  
 Rufs man möglic Fuländer  
 bringezogen werden."

VIII. Finanzgesetz für das Jahr 1921.

Alex. J. Beck befiehlt die Hallingnasma  
 zum Budget und, bewirkt speziell  
 yungen die beschriebene Zugastung des  
 Landtagspostens in. Höchst aus,  
 dass das alles mit dem vorerwäh-  
 nenen 50prozenthigen Zuschlag auf  
 ca + 500 frs Zufall zu setzen kö-  
 nen. Die Zustände mit den Diäten  
 müssen aufführen. Das ganze  
 die Sparkasse mit fruchtbar  
 sei aber nicht von Hancin, weil  
 ihm Lötant, nicht anverleihen. Auf  
 intergallant zu die Regierung für  
 postlich der Sparsparposten.



Abg. Riff wünschenswerth, ob Landwirthschaftliche Kammern  
in der neuen Organisation begriffen.

Abg. Wanger befragt die Kommission über die letzten  
Ereignisse im Reichland in. beantragt,  
daß ein tüchtiger Fachmann aus der  
Kommission zum Studium der Frage  
ernannt werde.

Der Präsident versichert, daß diesbezüglich  
ein von drei Abgeordneten unter-  
zeichnetes formelliertes Gutachten  
eingeleitet werden solle, das  
dann die Angelegenheit beraten  
werden.

Der Herr: bezüglich des Landwirthschaftlichen Geses  
die Sache nicht so sehr ernsthaft  
außer der Landwirthschaftlichen Kommission  
sich auf gutem Wege dazu. Zu-  
züglich der Sachlage werden wir sie  
erkundigen, wir sind nicht ohne darauf  
aufmerksam gemacht werden. Die  
Frage nach der Sache ist im Absoluten nicht  
überflüssig; das mit dem Zollver-  
trage mit der Kommission haben wir allem  
Aufsicht nach noch einen guten Willen  
zu erkennen auf die Pläne der  
Ministerial-Kasse im Besten-  
trage, daß dieser beim Präjudiz  
für einen strengen Zollvertrag  
sei.



Abg. Schädler bemängelt, daß die Staatsverfassung von 1919 nicht unbedingt, bemerkt aber ausdrücklich, daß er nicht den Herrn Landesrats-Vorsitzenden Keller tadeln will, auf Herrn Dr. Per trifft die Schuld nicht, denn dessen jähtzähligste Aufgabe sei die Verfassungsrevision. Die alte Regierung hätte das weiterverfolgen sollen; ohne die Aenderung haben man die Grundlagen nicht. Präsident und Vizepräsident seien mit dem Studium unserer Finanzlage betraut worden, es müßte nun das Ergebnis dieses Studiums folgen. So haben Landrat, das Verwaltungsrats-Finanzgesetz ohne Rücksicht zu genehmigen. Dann die Tagesordnung sei erst von 3 Tagen wegschaffen, sodas man gründlichen Studium ermöglicht. Der Herrnen genügend Zeit geben für. Das gelte unser Maß, wenn man das ganze Jahr nicht in der Regierung verbrachten sei. Dann 3 Tage von Tagesordnung wegschaffen. Willkürlich sei es man, in welche sollte man große Rüste u. dann pflichten, also unsere Verfassung u. den Herrnen.



Abg. Dr. Beck unterstützt den Vorredner, die 1919er Konvention sollte das sein. Allerdings seien Präsident Walser u. u. mit dem Studium der Finanzlage be-  
tracht notwendig, das sei es nicht zu  
meiner Erwartung unzulässig notwendig.  
Das Budget sei nicht ausführlich genug.  
Der Posten bezüglich der 3600000 für  
das Landesbankwerk sei zu allgemein  
ausgedrückt, auf die Punkte über die  
Post sollten eingehender eingegangen  
sein. Es habe schon in der Finanz-  
kommission dafür gesprochen, daß zu-  
erst die Verfassung gemacht werden  
m. dann sollen die Häuser kommen.  
Aber es müsse nicht zu jenen, die  
vom Haate die Lebensbedingungen  
nicht geben wollen.

Abg. Riff kritisiert, indem er sich bezieht  
an Dr. Beck darauf, das Vorgeschlagene  
bei der Reorganisation der Bank.  
Solche Häuser-Objekte sollen nicht  
freigegeben werden, aber sie  
sollen aufbewahrt werden. Die  
Häuser für die Bank zu mindern  
angesehen werden, dadurch  
der Wirtschaft. Es müsse auf jeden  
Häuser-Verfall bei Unfall-  
fällen, solche Häuser sind Land gegeben  
werden. Erst, die bei der



Bank angesetzt sein u. Provisionen  
bezahlen, geforen nicht in die Kom-  
missionen u. nicht in die Regierung.  
Anlaßlich der Bankausfandlungen  
sätten die Landtageitungen zu  
rennen darüber gesprochen.

Abg. Dr. Beck vertritt sein Verlangen zu  
protestiren gegen die Annahme von  
Seite des Bundesrathes. Er sei nicht  
allein in den Kommissionen gewesen,  
sondern die von ihm redigirte Zeitung habe  
nicht weiseltan.

Abg. Dr. Hegg betont, daß Riff hinsichtlich  
Provisionen nicht das Dienstver-  
mer Heftblatt gemaint haben.

Abg. Riff sätten die Provisionen seiner Bank  
entsprechen lassen, wasal geforen  
in den Landtag, nicht in die  
Kommissionen, man sätten für das  
Land mehr freundschaften  
können. Seine Anträge maktalles  
da.

Abg. Schädel führt an, daß das "Verord-  
nung Heftblatt" gesprochen haben: "Um  
das Heft auf in Dienstver-  
sicherung zuhalten." Die Provisionen  
sei von Herrn Parlamentspräsident.  
In der Kommission-Verhandlung sei für  
Riff die Anordnungs-Verordnung



Seine Klage Lustmüdig, das sei am Fuhrer.  
 Andere müssen die Kammer auf befragen.  
 Man hätte die garbasse besser anbauen  
 können. 2000 fr für den ganzen Fluß  
 im Ray. - Gebände seien viel zu wenig,  
 mindestens 5000 sollten es sein.  
 Bei einem Bauwerk habe man nicht  
 versprochen vom Zusammenarbeiten  
 geschweigen Bank in Land! Wie das  
 gemacht sei, zeigte sich an den 8 1/2 %  
 mit je einem halben Prozent  
 Löhnen u. Arbeitern zugewandt.

Aleg. Riff bemerkt, daß von der Grubbank nicht  
 in seine Taschen zu fließen sei. Bei der  
 Bank werden sehr auf Aufsicht zu ma-  
 chen gewünscht sein. Grundsätzlich Provi-  
 sionen habe er nicht sagen wollen,  
 daß die 2 Zeitungen sehr schlecht seien.

Aleg. Dr. Beck erinnert, daß er Anwalt der  
 Rappin-Gesellschaft gewesen sei u. als  
 solcher das Recht gehabt habe, für  
 seine Klagenabteilung etwas zu verlan-  
 gen.

Aleg. Wanger erklärt, warum er bisher als  
 Ray. - Rat noch nicht zurückgetreten sei.  
 Er befinde sich bei den Verhandlungen  
 auf dem Fluß hätte man mit  
 den Delinquenten der Weltarbeit  
 nicht zurückbleiben abgemacht gehabt. Dr. Beck



julle för sin Tafs sin Regieringsstyffs  
 litten. Bei der zweiten Vernehmung  
 den Hr Beck verbleibt immer in  
 Ordnung, nur nur ein Punkt  
 auf dem er verbleibt: für Regierings-  
 rat sollte er nicht sein. In Welt-  
 garten wünscht ihn, Hr Beck zum  
 Regieringsrat. Wanger verbleibt  
 darauf, dem Freund zu lieben  
 er zu nicht sein, nicht mehr  
 an dem fange. Raim aber  
 sein die Verhandlungen mit  
 Peer & Kalmittel und Martin  
 beyen, so auf dem die In-  
 teressen der Regierung,  
 die andere lassen es nicht  
 nicht zuversichtlich, das Hr Peer  
 nur für ein faller Tafs  
 nicht. Nun verbleibt die In-  
 teressen der Regierung,  
 das auf Wanger nicht mehr als  
 werden zu beantworten  
 Die Klüftung der Regierung  
 kann nicht sein, die man  
 ihn, Wanger, aber verwerfen  
 nicht, nicht also nicht auf  
 seiner Seite. Wanger verbleibt



sich auftragen die über ihre <sup>andere</sup>  
 Pflichten hinaus zu leisten. Ich bin  
 zu einem Ray. - Das ist schon ein  
 Abg. Dr. Beck ab, wenn dieser in  
 die Regierung hinein will; er  
 muß aber zuerst die <sup>Wangen</sup> Verantwortungs-  
 fragen stellen.

Präsident Walser: Darüber habe ich  
 Sonntag zu entscheiden, wie abtra-  
 gen das Bestandsgeld abmisse sein  
 soll.

Abg. Schädler fällt abmisse für die  
 meine Partei die ganze Regierung  
 insges. und das die andere zu  
 allem. Ich bin. Wenn zu sagen habe  
 für die Übergangszeit müßte die  
 Volkspartei von Abg. Dr. Beck in  
 die Regierung einsteigen.

Abg. Dr. Kapp spricht sich gegen eine  
 neue Frage aus, welche mit  
 best. die Anführungen her-  
 aus nur das müssen in Frage  
 ob es gleiche Rechte für beide  
 Parteien sei, wenn die <sup>Galgen</sup>  
 von der Volkspartei auf dem  
 Tisch verlangt haben, die <sup>Galgen</sup>  
 sind von der <sup>Galgen</sup> Partei über-  
 den über von Lang der <sup>Galgen</sup>



Einigen nicht unterwirft werden.  
 Die Galaxieristen der Bürgerpartei  
 hat schon damals man erklärt,  
 der Freund nennen in dem  
 höchsten zuliebigen haben sie von  
 merkwürdigen Ausweisungen ab,  
 bestrafen sie aber nicht wollen,  
 haben Tappferung gemacht, die  
 von ihr gutem Geschmacke hervor-  
 den sei, nicht als gebunden.

Die Herren der Volkspartei  
 sollen mir überzeugt sein, daß  
 die Abgeordneten der Bürger-  
 partei, als der größten, auf  
 mich mitworten werden. So fra-  
 ge ich den Herrn Abg. Schädler  
 nochmals an, ob die Gala-  
 xieristen der Volkspartei nicht-  
 lich mich auf dem Handgelenk

Abg. Schädler bejaht es. Er ist also voran-  
 geschickt <sup>Dr. Lipp</sup> ~~von~~ <sup>mir</sup> ~~in~~ <sup>in</sup> ~~die~~  
 seine Erklärung abzugeben,  
 daß er mir für Dr. Beck als  
 Red. - Rat stimmen werde und  
 noch mich ein Postteil der Ab-  
 geordneten. Anfangs habe  
 er sich gegemert, daß Abgeord-



unter der Volksgarantie der Bank für  
 Kritikieren, nur durch Dr. Beck davon  
 Anwalt Verwaltungsrat in. n. n. n. n.  
 bei festgesetzter Ruffscham für  
 die Aufzeichnungen des Abg. Lehmann  
 aber fälschen ihn nicht anders  
 beabsichtigt, dass diese Laufzeit  
 auf eine Kündigung Dr. Beck  
 n. n. n. n. n. n. n. n. n. n. n. n.  
 Regierung, insbesondere das  
 ständebauwesen n. n. n. n. n. n.  
 für den ganzen Staat für ein.

In der Verfassung eines Katholi-  
 schen Kaiserreichs (Luzern)  
 für die Bestimmung enthalten,  
 dass ein Mann, der für andere  
 Rufffälle verurteilt, also ein  
 Verbrecher, nicht Mitglied der  
 Regierung sein dürfe. So wollen  
 wir diesen wirksamsten Hand-  
 griff nicht ohne weiteres auf-  
 geben, sonst müsste er sich aus diesem  
 Grund gegen den Inhalt Dr. Beck  
 in die Regierung setzen. Dr. Beck  
 für aber nicht nur Verwaltungsrat  
 der Bank, sondern auch  
 ihr ständiger gesetzlicher  
 Ruffscham, also gleichsam  
 Anwalt der Bank. So können



unumäßig jemand bezahlter Angestellter  
 der n. Kantinen bezinsender Verwaltung  
 Verwaltungsrat eines Institutes d.  
 zugehörig Mitglied der dieses Instit.  
 hat überaus gefunden besünder (Kanzler  
 wunig) sein, den man nur auf  
 bei Besatzungen der Regierung  
 über Landbauverwaltung  
 sich aufzuheben, welche ihm als Ru-  
 gierungsmittel der jedweden  
 der Kurieren der betreffenden  
 Abten sein. Es habe auf Anhalt-  
 gung, das dem Dr. Beck der Ver-  
 waltungsrat gesten nicht etwa  
 als wirft Trümpf was auf dem Bank-  
 verhandlungen in den Dispositi-  
 funden das Dr. Beck sich schon  
 wofür diesen Posten habe zuzufin-  
 lassen zugehörig Zeit, als er als Ver-  
 walter der Landrat mit zugehörig  
 als Aussalt der Bank an dem  
 Verhandlungen wegen mitbestimm-  
 menten Anteil haben.

Abg. Riff beantragte, das die Linienanstalt  
 nur ein Jahr gefalt hätten zur  
 Zuzuführung von Abten. Auf haben  
 die Landbauverwaltung sehr sehr gefalt.

Abg. Schädler frägt über die Dispositi-  
 verhandlungen ob, das es sich das  
 selbst anzuführen haben, zuzuzuführen



mit einer Spritze zu untersuchen, da  
 mit man in besagte zu etwas be-  
 stimmten Punkten kam. Am 15.  
 September sei anlässlich der Gold-  
 scheinung auf dem Stillsche das Markt-  
 Frische anwesend gewesen, wobei  
 von dieser sei, wenn die einen  
 beabsichtigen wollten u. die anderen  
 zuzuführen sollen u. die einen hat-  
 ten keine ~~Partei~~ Vertretung in  
 der Regierung haben dürfen. In  
 der Kammer, welche die Bank  
 beauftragt, seien von 5 Personen  
 gewesen, als Hr. Beck nicht allein  
 er ist gegen die Amtsaufhebung,  
 so z. B. für Herr Fritz Wälsch:  
 Abgesandter, in fast allen, d. s. 5-6  
 Kammerungen, wo für Präsident,  
 er sitzen als Reg.-Rath. Stellvertre-  
 ter in der Regierung, wo  
 sei ebenfalls besteramtet und  
 nicht nur für die Regierung besteramtet.  
 Wenn Bankfragen zur Überprüfung  
 kämen, würde Hr. Beck ein-  
 fach nicht zur Regierungsfik-  
 zureit überweisen, sondern der  
 Stellvertreter. Radner freige-  
 an, ob Herr Wälsch nicht in der



Regierungspolizei gesehen sei, in der  
 von der holländ. -Fremdenpolsierung  
 die Rede war. Es habe überhaupt  
 gar nicht dagewesen das ein Beamter  
 sei in der freien Zeit mit einem  
 Habanberuf etwas verdienend.  
 Es wurde jedoch vorgeklagt, das  
 in Zukunft ein Beamter über-  
 längt nicht mehr in die Regier-  
 ungs geseht werden könne,  
 als er solte in der Reg. - Zeit  
 gleichzeitig Aegardunbes sein  
 dürfen, sonst könne ja einer  
 im Landtag seine eigenen Sache  
 vertreten. Allein solche Klagen  
 von Bürgern auf mit der  
 neuen Umfassung in Kraft  
 treten. Bisher habe man auf  
 das französische Gesetz Rück-  
 sicht genommen einzig bei der  
 Beck neble man nun von  
 Kollisionsen sprechen. In der  
 der Beck als Reg. - Zeit bemerkt  
 Schädler veritbar, das der Herr  
 Präsidant auf dem Hofe aus-  
 bläst habe, wo sei mit der  
 Abrechnung Hangevot von d. Regierung  
 einmüthig und in. es sollte die



miffionieren als Regierungsrath. - Hall-  
antwortet auf, wenn der Fürst nicht  
sagen kann.

Der Präsident wiederholt: Ob er juristisch  
als Postmeister bin, darüber weiß  
ich von seiner vorgeschlagenen  
Lohnbedingung, Directoren u. Regie-  
rung nicht zu wissen. Er habe ja schon  
bisher der Herr Abg. Schädler für  
Lohn habe in Dienstleistungen leisten  
kann, im Grunde, als Postmeister u.  
Postmeister ambiret, es ist inquant-  
um in quantitat nicht notwendig zu  
sein. Er sei nicht in der Regie-  
rungsbedingung gewesen, als die  
Herrn - Verfassung zur  
Bewahrung kam, das mußte Herr  
Dr. Beck bezeugen. Nach Schädler  
sind juristisch seine Ansprüche am 15.  
September auf dem Kaiser befangen  
zu sein, eine Kuriosität. Abg. von  
dem der Weltgericht hat man gesagt,  
auf wenn Manys zu zurücktraten,  
wählen sie noch nicht Dr. Beck.  
Die dritte Kraft in Distanz  
sei von der Directoren mit  
der Regierung vorisprovan-  
gestellt worden, auf seinen



Antrag für, für die Kaiserlichen  
 Funktionen als Landtagspräsident  
 n. Kammermitglied. Es frage  
 man die Regierung an was der  
 Reg.-Chef zur Stellung Dr. Beck  
 in der Landtags n. zu dessen  
 gleichzeitiger Regierungswahl  
 Kandidatur sage.

Der Reg.-Chef spricht seine Ansicht  
 dahin aus, dass es in allem be-  
 fundet aber in öffentlichen  
 Hallungen auf möglichste Rein-  
 lichkeit stehe. Ein Mann in einer  
 Regierungsbeförderung müsse auf  
 von diesem hohen Stande an  
 Reinlichkeit verwahren. Es  
 wolle aber zugeben, dass wo-  
 mögl. Dr. Beck, wenn in der  
 Kammer die Bank in Frage kam,  
 als auf der Präsidentschaft, wenn die  
 baden-Wurfsung besprochen  
 würde, aber abwarten wollen.

Obj. Schädler konstatiert voraus  
 anzunehmen, dass jüngere Beamte  
 sein, dass seine Ansätze bequä-  
 liche Veröffentlichung veröffentli-  
 chen am 15. September auf  
 dem 8. fl. wolle Maßstab sei.



Ich stelle an den Herrn Präsidium  
 mit der die Aufgabe, was  
 für das Postamt in Sjaen eine  
 dritte Kraft angestellt werden  
 von für, die das Land bezug-  
 len müßte; von dem Land für  
 den die Postamt Sjaen im ganzen Jahr  
 bloß ca 50.000 Briefen  
 zu empfangen, während in  
 Madag das Postamt nur 120.000.  
 Da in Madag bloß drei gewöhn-  
 liche Angestellte sind, so wäre in  
 Sjaen der dritte Postbeamte  
 zum nicht notwendig genug.  
 Der Herr Sjaen im Land, hat  
 Postamt der Maeler man  
 während der Brunnzeit der  
 die Postamt der Maeler man  
 besitzten sollen arbeiten. So  
<sup>allmählich</sup> ~~aber~~ <sup>am</sup> ~~den~~ <sup>den</sup> ~~Postamt~~ <sup>Postamt</sup>  
 Sjaen im Land, hat  
 die Postamt der Maeler man  
 die Postamt der Maeler man  
 die Postamt der Maeler man  
 die Postamt der Maeler man

Präsident Maeler: Maeler hat  
 die Postamt der Maeler man  
 die Postamt der Maeler man  
 die Postamt der Maeler man



